

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (13. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
– Drucksache 16/11774 –**

### **Bürgerschaftliches Engagement umfassend fördern, gestalten und evaluieren**

#### **A. Problem**

Der Antrag betont die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die deutsche Zivilgesellschaft. Nach einer Würdigung der bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bereits erzielten Fortschritte hebt er hervor, der Leitgedanke einer Bürgergesellschaft als Kooperationsmodell von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft habe sich bislang noch nicht durchgesetzt. Er fordert deshalb die Bundesregierung auf, noch in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass künftig pro Legislaturperiode ein wissenschaftlicher Bericht mit Stellungnahme der Bundesregierung vorgelegt wird, der auf Schwerpunkte konzentriert die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements darstellt.

#### **B. Lösung**

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **C. Alternativen**

Ablehnung des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/11774 anzunehmen.

Berlin, den 4. März 2009

### **Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**

**Kerstin Griese**  
Vorsitzende

**Markus Grübel**  
Berichterstatter

**Sönke Rix**  
Berichterstatter

**Sibylle Laurischk**  
Berichterstatterin

**Elke Reinke**  
Berichterstatterin

**Ekin Deligöz**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Markus Grübel, Sönke Rix, Sibylle Laurischk, Elke Reinke und Ekin Deligöz

### I. Überweisung der Vorlage

Der Antrag auf **Drucksache 16/11774** wurde in der 202. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Januar 2009 dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur federführenden Beratung und dem Innenausschuss, dem Sportausschuss, dem Rechtsausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie dem Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag wird ausgeführt, sich verändernde Lebens- und Arbeitsbedingungen, der demografische Wandel, Zu- und Abwanderung sowie die zunehmende Vielfalt von Lebensstilen stellten die Gesellschaft vor Herausforderungen, die zukunfts- und nachhaltig nur im Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft zu bewältigen seien. Unverzichtbarer Bestandteil einer solchen Kooperation sei das bürgerschaftliche Engagement. Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung der damaligen Situation habe die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ im Jahr 2002 politische Strategien und Maßnahmen erarbeitet, um das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland zu fördern. Eine Reihe von Vorschlägen der Enquete-Kommission sei bereits in der letzten Legislaturperiode umgesetzt worden. So sei der parlamentarische Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ implementiert worden, der große Resonanz von den Akteuren der Bürgergesellschaft erfahre. Die Bundesregierung unternehme weitere Maßnahmen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements seien im Jahr 2007 die steuer- und gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement erheblich verbessert worden. Allerdings habe sich der Leitgedanke einer Bürgergesellschaft als Kooperationsmodell von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bislang noch nicht durchgesetzt.

Der Antrag begrüßt sodann das Engagement der Bundesregierung im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, insbesondere die Initiative ZivilEngagement und den bereits für diese Legislaturperiode vorgesehenen ersten Forschungsbericht. Ein solcher Bericht könne jedoch nur ein erster Ansatz sein. Ein regelmäßiger Bericht könne dazu beitragen, die in der Gesellschaft vorhandenen Potenziale für bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren, den politischen Diskurs anzuregen, der Bundesregierung und allen weiteren relevanten Akteuren konkrete und umsetzbare Handlungsempfehlungen zu geben und das Thema stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Der Antrag fordert daher, in dieser Legislaturperiode die Voraussetzungen zu schaffen, dass künftig pro Legislaturperiode ein wissenschaftlicher Bericht einer jeweils neu einzusetzenden Sachverständigenkommission mit Stellungnahme der Bundesregierung vorgelegt wird, der auf Schwerpunkte konzentriert

die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements darstellen soll. Dabei solle der Stand der Engagementpolitik einschließlich der politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland berücksichtigt werden.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat in seiner 85. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CSU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner 67. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CSU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 127. Sitzung am 4. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CSU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 94. Sitzung am 4. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CSU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 87. Sitzung am 4. März 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CSU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 116. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CSU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 80. Sitzung am 4. März 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/11774.

In den Ausschussberatungen wies die **Fraktion der CDU/CSU** darauf hin, mit dem Antrag sollten die Voraussetzungen für eine regelmäßige wissenschaftliche Berichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement durch eine Sachverständigenkommission ab der nächsten Legislaturperiode geschaffen werden. Der Bericht solle – auf Schwerpunkte konzentriert – die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und den Stand der Engagementpolitik einschließlich der politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einmal pro Legislaturperiode aufzeigen. Ihm solle außerdem eine Stellungnahme der Bundesregierung angefügt werden. Mit der Berichterstattung solle erreicht werden, die Diskussion über das bürgerschaftliche Engagement noch tiefer im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Ein Vorläuferbericht, der den Beitrag des bürgerschaftlichen Engagements zur Bewältigung sozialer Aufgaben unter besonderer Beachtung der Familie und bei familienunterstützenden Dienstleistungen untersuche, werde im Mai/Juni dieses Jahres vorgelegt.

Die **Fraktion der FDP** betonte die steigende gesellschaftliche Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements. Den Antrag beurteile man jedoch kritisch, weil es ihm an einer klaren Ausrichtung fehle. So werde im Antrag der eingeführte Begriff des bürgerschaftlichen Engagements still und leise durch den Ausdruck „ZivilEngagement“ ersetzt. Zudem fürchte die Fraktion der FDP die Schaffung von Parallelförderstrukturen im Zusammenhang mit der Kampagne „Geben gibt“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Darüber hinaus kritisiere die Fraktion, dass das Sponsoring des Ehrenamtes von der Finanzverwaltung zunehmend als geldwerter steuerlicher Vorteil bewertet und als Tauschgeschäft besteuert werde, wenn auf der Internetpräsenz einer gemeinnützigen Organisation auf den Sponsor verwiesen und diesem dort für sein Engagement gedankt werde. Diese schlechende Entwicklung schädige das bürgerschaftliche Engagement und werde in dem Antrag zu wenig berücksichtigt. Deshalb werde die Fraktion der FDP den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, der Antrag biete die Chance, in ein regelmäßiges Berichtswesen zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ einzusteigen. Die genaue Ausgestaltung des Berichts könne im Laufe der Zeit sicherlich noch verbessert werden. Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements werde nicht nur im Titel des Antrags genannt, sondern dort auch an vielen anderen Stellen verwandt. Deshalb seien die Gründe für die grundlegende Ablehnung einer regelmäßigen Berichterstattung durch die Fraktion der FDP

nicht ganz nachvollziehbar. Das Berichtswesen könne gerade helfen, die von der Fraktion der FDP angesprochenen Problematiken aufzugreifen und zu lösen. Wichtig sei der Fraktion der SPD, dass bei der geplanten Berichterstattung externer Sachverstand einbezogen werde. Es werde ferner begrüßt, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bei der Engagementpolitik eine koordinierende Rolle für die anderen Ressorts übernehmen solle. Denn bekanntermaßen sei bürgerschaftliches Engagement ein Querschnittsthema, das nicht nur in einem Ausschuss und einem Ministerium, sondern in vielen anderen Bereichen eine große Relevanz habe. Insofern sei der Bericht ein wichtiger Schritt, der für eine umfassende Engagementförderpolitik hilfreich sein werde. Der Vertreter der Fraktion der SPD betonte abschließend, es sei sehr erfreulich, dass dieses Thema weiter an Bedeutung gewinne und die gute Arbeit der Enquete-Kommission und des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ aufgegriffen werde.

Die **Fraktion DIE LINKE** wies darauf hin, dass eine regelmäßige Berichterstattung zum bürgerschaftlichen Engagement grundsätzlich zu begrüßen sei. Misstrauisch mache jedoch, dass – laut Antrag – durch das bürgerschaftliche Engagement ein Beitrag zur Bewältigung sozialer Aufgaben erreicht werden solle. Bürgerschaftliches Engagement dürfe jedoch nicht zum Ausfallbürgen für einen Sozialstaat werden, der vieles nicht mehr leisten könne oder wolle. Darüber hinaus komme im Antrag der Aspekt der Teilhabechancen im bürgerschaftlichen Engagement für sozial benachteiligte Gruppen und für Menschen mit Migrationshintergrund zu kurz. Auch dieser Aspekt verdiene es, sehr viel genauer in den Blick genommen zu werden. Die Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte die demokratiepolitische Dimension des bürgerschaftlichen Engagements. Bisher werde der Wert des bürgerschaftlichen Engagements für die Gesellschaft und für die demokratische Weiterentwicklung des Landes noch zu wenig anerkannt. Ein Bericht, der dieses Engagement auch im Deutschen Bundestag noch sichtbarer mache, sei daher grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings sei dies allein noch nicht ausreichend. Denn ein Bericht ersetze nicht eine notwendige Gesamtstrategie zur Förderung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements. Deshalb werde sich die Fraktion bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten.

Berlin, den 4. März 2009

**Markus Grübel**  
Berichterstatter

**Sönke Rix**  
Berichterstatter

**Sibylle Laurischk**  
Berichterstatterin

**Elke Reinke**  
Berichterstatterin

**Ekin Deligöz**  
Berichterstatterin